

15. OKT. 2014

Telefon: 0 233-30785
Telefax: 0 233-26935

R	VR	EA	IVA	Rsp.	Kopie	S
Rt-SI	Referat für Gesundheit und Umwelt Gewehrstr. 22a - Postfach 10100					RDA
dIKA	15. Okt. 2014					GS
S						GVO
SFM	Az:					UW
Vermerke:						

Anlage 4
Personal- und
Organisationsreferat
Personalbetreuung,
Stellenwirtschaft
POR-P 2.23

[Handwritten signature] 16.10.2014

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den Gesundheitsausschuss am 11.12.2014,
Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen II; Weiterentwicklung aufgrund neuer Vorgaben und
steigender Asylbewerberzahlen (Sitzungsvorlage Nr. noch nicht bekannt)

An das Referat für Gesundheit und Umwelt, RGU-S-RM

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt den in der Beschlussvorlage geltend
gemachten Personalmehrbedarfen mit Einschränkungen zu.

In der o.g. Beschlussvorlage fordert das Referat für Gesundheit und Umwelt folgende
Stellenbedarfe:

- Für den Bereich Impfen:
 - 1,0 VZÄ für ein/e Arzt/Ärztin
 - 1,0 VZÄ für eine/n Gesundheits- und Krankenpfleger/innen
 - 1,0 VZÄ für eine/n medizinische/n Fachangestellten/in
- Für das Sachgebiet Gesundheitsvorsorge für Flüchtlinge:
 - 3,0 VZÄ für Gesundheits- und Krankenpfleger/innen
 - 0,5 VZÄ für eine/n Gesundheits- und Krankenpfleger/innen

Der konkrete Umfang der einzurichtenden Stellen für den Bereich Impfen (1,0 VZÄ für ein/e
Arzt/Ärztin, 1,0 VZÄ für eine/n Gesundheits- und Krankenpfleger/innen und 1,0 VZÄ für eine/n
medizinische/n Fachangestellten/in) kann aus Sicht des Personal- und Organisationsreferats
nicht verifiziert werden, da das gelieferte Zahlenmaterial nur teilweise nachvollziehbar ist. Das
Personal- und Organisationsreferat kann den Stellenbedarf daher nur dem Grunde nach aner-
kennen.

Daher schlägt das Personal- und Organisationsreferat vor, die neu zu schaffenden Stellen für
den Bereich Impfen vorerst auf 3 Jahre zu befristeten. In dieser Zeit soll eine konkrete Stellen-
bemessung im Sinne des Leitfadens zur Stellenbemessung durchgeführt werden bzw. eine
Evaluation der Aufgaben erfolgen. Nach erfolgter Feststellung des Stellenmehr- oder Stellen-
minderbedarfs ist dann eine erneute Stadtratsentscheidung herbei zu führen.

Der Antragstext der Beschlussvorlage Ziffer Nrn. 7 und 8 ist dementsprechend zu ändern.

Den geltend gemachten Stellenbedarf (3,0 VZÄ für Gesundheits- und Krankenpfleger und 0,5
VZÄ für eine/n medizinische/n Fachangestellten/in) für das Sachgebiet Gesundheitsvorsorge
für Flüchtlinge stimmt das Personal- und Organisationsreferat vorbehaltlich der Sicherstellung
der Finanzierung der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten
zu.

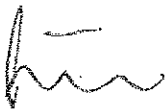
Für die in der Beschlussvorlage genannten Stellenwerte existieren im Bereich der Referats für
Gesundheit und Umwelt bereits Analogbewertungen, so dass die hier im Beschluss verwendete
JMB ein realistisches und belastbares Zahlenmaterial darstellen.

Eine unbefristete Beschäftigung von Mitarbeitern/innen auf diesen Stellen ist möglich, sofern

das Referat für Gesundheit und Umwelt eine Anschlussbeschäftigung zusichert.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Referat für Gesundheit und Umwelt, RGU-S-COP erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Dr. Böhle